

- Marx' kommunistischer Individualismus, Tübingen, 57-80.
- Böhm, Andreas (1998): *Kritik der Autonomie. Freiheits- und Moralbegriffe im Frühwerk von Karl Marx*, Bodenheim.
- Brentel, Helmut (1989): *Soziale Form und ökonomisches Objekt. Studien zum Gegenstands- und Methodenverständnis der Kritik der politischen Ökonomie*, Opladen.
- Buckmiller, Michael (2001): *Gewalt und Emanzipation in der Arbeiterbewegung. Unerledigte Fragen*, in: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: *Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft*, Hannover, 242-57.
- Bulthaup, Peter (1998): *Von der Freiheit im ökonomischen Verstande*. In: Bensch, Hans-Georg u.a. (Hg.): *Das automatische Subjekt bei Marx. Studien zum Kapital*, Lüneburg, 25-32.
- Draper, Hal (1990): *Karl Marx's theory of Revolution. Vol. IV. Critique of other socialisms*, New York.
- Elbe, Ingo (2008): *Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*, Berlin.
- Euchner, Walter (1990): Die Degradierung der politischen Institutionen im Marxismus, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 4/1990: 487-505.
- Fetscher, Iring (1972): *Zum Problem der Ethik im Lichte der Marxschen Geschichtstheorie*, in: Gerd-Günther Grau (Hg.): *Probleme der Ethik zur Diskussion gestellt*, Freiburg, 15-43.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*, Frankfurt/M.
- Gurland, Arkadij (1981): *Marxismus und Diktatur*, Frankfurt/M.
- Hafner, Kornelia (1996): Anarchismus oder der Souverän als Feind. Eine Auseinandersetzung mit den Thesen Joachim Bruhns zur Abschaffung des Staates, in: *Archiv für die Geschichte der Arbeit und des Widerstandes* Nr. 14/1996: 283-309.
- Heinrich, Michael (2001): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, erw. Neuaufl. Münster.
- Henning, Christoph (2005): *Philosophie nach Marx. 100 Jahre Marxrezeption und die normative Sozialphilosophie der Gegenwart in der Kritik*, Bielefeld.
- Hoff, Jan (2008): *Karl Marx und die ‚ricardischen Sozialisten‘. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie, der Sozialphilosophie und des Sozialismus*, Köln.
- Horkheimer, Max u. Adorno, Theodor (1988): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, FrankfurtM.
- Kant, Immanuel (1957): *Grundlegung der Metaphysik der Sitten*, 3. Aufl. Hamburg 1957.
- Kuhne, Frank (1996): Automatisches Subjekt und lebendige Subjekte. Zur Begründung der Kritik der heteronomen Bestimmtheit der Gesellschaft bei Marx, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge* 1996, Berlin/Hamburg, 134-148.
- Lenin, W. I. (1958): *Die Lehren des Moskauer Aufstandes*, in: Werke Bd. 11, Berlin (O), 157-65.
- Peters, Ulrich (1997): *Kommunismus und Anarchismus. Die Zeit der Ersten Internationale*, Köln.
- Priddat, Birger P. (2008): *Karl Marx. Kommunismus als Kapitalismus 2ter Ordnung: Produktion von Humankapital*, Marburg.
- Rakowitz, Nina (2000): *Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie*, Freiburg.
- Schäfer, Gert (1994): *Gewalt, Ideologie und Bürokratismus. Das Scheitern eines Jahrhundertexperiments*, Mainz.
- Schieder, Wolfgang (1991): *Karl Marx als Politiker*, München.
- Schweppenhäuser, Gerhard (2005): *Die Antinomie des Universalismus. Zum moralphilosophischen Diskurs der Moderne*, Würzburg.
- Screpanti, Ernesto (2007): *Libertarian Communism. Marx, Engels and the Political Economy of Freedom*, New York.
- Wallat, Hendrik (2009): *Das Bewusstsein der Krise. Marx, Nietzsche und die Emanzipation des Nichtidentischen*, Bielefeld i.E.
- Wallat, Hendrik (2009a): Die Affirmation des Naturzustandes. Nietzsches Ontologie der Herrschaft, in: Elbe, Ingo u. Ellmers, Sven (Hg.): *Gesellschaftsvertrag. Eigentum. Staat. Begründungskonstellationen der Moderne*, Münster, S. 132-65.
- Wallat, Hendrik (2009b): Zum Begriff der Verkehrung im Denken von Karl Marx. In: *Marx-Engels-Jahrbuch 2008*, Berlin.
- Wilde, Oscar (1982): *Der Sozialismus und die Seele des Menschen*, Zürich.

Ralf Hoffrogge

„Die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“ – Sozialismuskonzepte und deutsche Arbeiterbewegung 1848-1920

Angesichts der sich seit Ende der 1990er Jahre häufenden Krisenanfälligkeit des Weltkapitalismus haben Forderungen nach einer Erneuerung sozialistischer Politik wieder Konjunktur. Insbesondere die Debatte um einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ steht für eine Tendenz, die weggeführt von der bloßen Kritik des Neoliberalismus und stattdessen auf eine postkapitalistische Gesellschaft abzielt. Zu Recht ist kritisiert worden, dass der Sozialismus in der aktuellen Debatte oft als Sammelbegriff für eine ganze Reihe von Vorstellungen verwendet wird, die sich nicht selten gegenseitig ausschließen. Dies ist jedoch nicht allein auf die momentane Zersplitterung und Heterogenität der politischen Linken weltweit zurückzuführen. Auch im 19. Jahrhundert war die Vorstellung von einer sozialistischen Gesellschaft keineswegs so kohärent und eindeutig, wie vielfach angenommen wird.

In der deutschen Arbeiterbewegung etwa blieb auch lange nach der Durchsetzung des Marxismus um 1890 der eigentliche Gehalt des Begriffes „Sozialismus“ unklar. Politischer Anspruch und reale Praxis standen oft unverbunden nebeneinander. Ursache war damals wie heute die grundsätzliche Schwierigkeit, sich innerhalb des gegebenen ökonomisch-politischen Rahmens zu bewegen und gleichzeitig eine nicht-kapitalistische Wirtschaft nicht nur zu denken, sondern aktiv politisch auf ihre Verwirklichung hinzuarbeiten. Auch und gerade in Zeiten, in denen es eine umfassende sozialistische Gegenkultur gab, war diese keineswegs unbeeinflusst von der bürgerlichen Hegemonie in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft. Autoritarismus, patriarchale Geschlechterverhältnisse, ein technokratischer Wissenschaftsfimmel, allgemeine Staatsgläubigkeit – all diese bürgerlichen Ideologeme fanden sich in irgendeiner Form auch in der sozialistischen Bewegung wieder. Genauso fällt es auch heute linken Bewegungen aller Couleur schwer, sich grundsätzlich von den Selbstverständlichkeiten eines Spätkapitalismus neoliberaler Prägung zu lösen, ohne dabei in einen abstrakten und sektiererischen Radikalismus abzugleiten.

Das ewige Dilemma des Sozialismus ist es also, eine grundsätzlich andere Gesellschaft anzustreben, jedoch durch die Struktur der Ökonomie, der politischen Institutionen, der Medien, des Alltagsverständes untrennbar an das hier

und jetzt des Kapitalismus gebunden zu sein. Auch wenn dieser Widerspruch von der Arbeiterbewegung niemals „dialektisch aufgehoben“ oder sonstwie gelöst wurde, so macht es dennoch Sinn, sich die Geschichte dieser Bewegung anzusehen. Im Positiven, weil trotz aller Abgründe zwischen Theorie und Praxis, zwischen Rhetorik und Realität gerade die uneingelösten Versprechen des Sozialismus immer wieder Ausgangspunkt waren für Widerspruch, Dissidenz und das Einfordern von eigenen Bedürfnissen gegen die Sachzwanglogik des Kapitals. Im Negativen, weil gerade im Scheitern sozialistischer Ansprüche sichtbar wird, wie ein schon damals sehr flexibler Kapitalismus seine Gegenkräfte integrierte. Ein Wissen, das heutigen Bewegungen nur zugute kommen kann. Nicht zuletzt ist die historische Betrachtung unerlässliche Grundlage für eine Reflektion darüber, was den Begriff Sozialismus im Kern ausmacht und wie ein „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ aussehen könnte. Es folgen daher einige Betrachtungen zum Wechselspiel zwischen sozialistischer Theorie und Politik in der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis in die 1920er Jahre.

Arbeiterklasse und Bürgertum in der Revolution von 1848

Obwohl mit dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ bereits kurz vor der Revolution des Jahres 1848 ein sozialistisches Programm von bis heute beeindruckender Schärfe und Klarheit erschien, sollte es noch fast zwanzig Jahre dauern, bis in Deutschland auch eine sozialistische Bewegung entstand. Wenn auch im „Manifest“ schon von einer Anerkennung, ja von einer weltweiten Furcht der Herrschenden vor dem Kommunismus die Rede war, entfaltete die von Marx und Engels propagierte „Kommunistische Partei“ ihre Wirkung lediglich auf dem Feld der Theorie. Kommunismus und Sozialismus waren damals synonyme Begriffe für Theorien kollektiven Wirtschaftens, die hauptsächlich von Intellektuellen vertreten wurden. Der in London ansässige „Bund der Kommunisten“, für den Marx und Engels das Manifest verfassten, hatte lediglich einige Hundert Mitglieder; in den über 40 agrarisch geprägten Kleinstaaten Deutschlands besaßen diese Ideen keinerlei Massenbasis.

Dennoch kam es während der 48er Revolution zu ersten Gewerkschaftsgründungen sowie zum Versuch des Buchdruckers Stephan Born, unter dem Titel „Arbeiterverbrüderung“ ein gesamtdeutsches Netzwerk von Arbeitervereinen zu gründen. Born war Mitglied im „Bund der Kommunisten“, handelte jedoch nicht in dessen Auftrag. Er selbst sagte später über sein Wirken in der Revolution:

„Weggewischt waren für mich mit einem Mal alle kommunistischen Gedanken, sie standen mit dem, was die Gegenwart forderte, in gar keinem Zusammenhang (...) Was kümmerten mich entfernte Jahrhunderte, wo jede Stunde nur dringende Aufgabe und Arbeit in Fülle darbot.“ (Zit. nach Grebing 1970: 44).

Zwar teilten auch Marx und Engels die Ziele der bürgerlichen Revolution, d.h. die Entmachtung der regionalen Monarchen und die Herstellung eines demokratischen Einheitsstaates mit bürgerlichen Freiheiten. Jedoch gingen sie im

Gegensatz zu Born für Deutschland von einem einheitlichen und handlungsfähigen Proletariat aus, das jedoch so nicht existierte. Als einheitliche Klasse handeln konnte lediglich das Bürgertum, und die Arbeiter und Arbeiterinnen schlossen sich dessen Forderungen an. Sie setzten allenfalls einige Akzente wie z.B. in folgendem zeitgenössischen Forderungskatalog, in dem verlangt wurden:

„unbedingte Preßfreiheit, Vollständige Religions- Gewissens und Lehrfreiheit, Volkstümliche Rechtspflege mit Schwurgerichten. Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen. Wohlstand, Bildung und Unterricht für alle. Schutz und Gewährleistung der Arbeit. Ausgleicheung des Mißverhältnisses von Kapital und Arbeit. Volkstümliche und billige Staatsverwaltung. Verantwortlichkeit aller Minister und Staatsbeamten. Abschaffung aller Vorrechte“ (Klönne 1989: 21).

Die Bürgerlichen hatten jedoch Skrupel, mit ihrer demokratischen Revolution ernst zu machen. Eine entscheidende Wendung brachte der Juniaufstand in Paris. Der Versuch des städtischen Proletariats, die Schließung der in der Revolution erkämpften Nationalwerkstätten mit einem Aufstand zu verhindern, wurde im Juni 1848 mit massivem Militäreinsatz niedergeschlagen. 3000 Tote und 15.000 Verbannungen waren notwendig, um die Maßnahme gegen die Bevölkerung durchzusetzen.

Hier war es nun, das „Gespenst des Kommunismus“, das Marx und Engels im „Manifest“ beschworen hatten. Der Blick über die Grenze zeigte den deutschen Bürgern, wozu eine geeinte Arbeiterklasse fähig war. Obwohl die Reaktion in Paris gesiegt hatte und ein ähnlicher Aufstand für Deutschland kaum zu befürchten war, verfolgte die Mehrheit des Bürgertums ihre demokratischen Forderungen nur noch halbherzig und fand sich mit dem Obrigkeitsstaat ab. Die Angst vor dem Kommunismus war weit stärker als der reale Kommunismus. Obwohl das Bündnis zwischen Bürgertum und Obrigkeitsstaat nie formell erklärt wurde und sich, so Arno Klönne „eher hinter dem Rücken oder jedenfalls ‚unter‘ dem Bewußtsein der Beteiligten“ (Klönne 1989: 28) vollzog, war es dennoch eine gesellschaftliche Realität, die das politische Klima in Deutschland bis 1918 und darüber hinaus bestimmte. Der Nationalstaat, ein einheitliches Rechtssystem, das allgemeine Männerwahlrecht und sogar die Einrichtung von Sozialversicherungssystemen – all diese Errungenschaften wurden nicht durch ein revolutionäres Bürgertum, sondern *nach* der Niederschlagung der Revolution durchgesetzt, und zwar durch Otto von Bismarck als Vertreter des reaktionären ostelbischen Grundadels. Es waren geschenkte Freiheiten und halbe Freiheiten, denn Pressezensur, Vereinsverbote, fehlende Versammlungsfreiheit und das preußische Dreiklassenwahlrecht verhinderten über Generationen, dass sich eine demokratische Kultur entfaltete.

Eine sozialistische Bewegung in Deutschland musste sich daher republikanische und demokratische Forderungen zu eigen machen und über Jahrzehnte als vordringliches Nahziel vertreten. Daneben gab es die Gegentendenz hin zur Akzeptanz des Obrigkeitsstaates, sofern dieser nur sozialistisch gewendet

würde. Beide Tendenzen überformten die Debatte um den Sozialismus in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Gründung der deutschen Arbeiterbewegung

Nach der gescheiterten Revolution von 1848 erfolgte für die sozialen Bewegungen eine erzwungene Ruhe. Die Mehrheit der sozialistischen Intellektuellen wie Marx, Engels und Stephan Born mussten Deutschland verlassen, ihnen folgten tausende radikaler Arbeiter und ihre Familien. Der politische Liberalismus wurde ebenso verfolgt und die Mehrheit des Bürgertums zog sich ins Private zurück. Die Gemütlichkeit der Biedermeier-Ära, bis heute Leitbild des deutschen Spießertums, war eine Friedhofsruhe für politisch denkende Menschen verschiedenster couleur.

Ökonomisch erlebten die deutschen Territorien jedoch eine nie gesehene Unruhe. Die Industrialisierung schritt im Riesentempo voran, und aus den deklassierten Handwerkern bildete sich langsam eine einheitliche Schicht von Lohnarbeitern und Lohnarbeiterinnen. Dies wurde von den Betroffenen zunächst als sozialer Abstieg empfunden und war es auch. Obwohl radikale Handwerkeresellen bereits seit den 1830ern Geheimbünde gründeten und der in diesen Kreisen sehr einflussreiche Schneider Wilhelm Weitling (1808-1871) schon damals die Abschaffung von Geld und Eigentum in einem „Zukunftskommunismus“ predigte, blieb auch nach 1848 ein ständisches, am Gebrauchswertstolz des Handwerkers orientiertes Bewusstsein vorherrschend. Obwohl zwischen Weitlings Gleichheitskommunismus und dem historischen Materialismus von Marx und Engels Welten lagen, teilten sie doch beide das Schicksal, den deutschen Verhältnissen weit voraus zu sein. Weitling fasste vornehmlich das Gedankengut der französischen Frühsozialisten zusammen und versuchte sich an einer Synthese eines traditionellen, an Thomas Morus und Campanella anschließenden utopischen Kommunismus und dem linken Radikalismus vom Stile eines Gracchus Babeuf oder Auguste Blanqui, die von der französischen Revolution inspiriert waren (Hofmann 1970: 18-19, 76-80; Abendroth 1985: 43-49).

Seinen französischen Vorbildern folgend verlangte er die Aufhebung des Eigentums und die Abschaffung des Geldes in einer zukünftigen sozialistischen Ordnung. In dieser sollte Arbeitspflicht herrschen, gleichzeitig jedoch eine unentgeltliche Sicherung der existenznotwendigen Bedürfnisse durch den Staat erfolgen. Mittels in „Kommerzbüchern“ verrechneter zusätzlicher Arbeit sollten die Mitglieder zudem Luxusgüter und Urlaubsansprüche erwerben können. Für den Übergang zu einer solchen Gesellschaft orientierte sich Weitling am Gedanken der Erziehungsdiktatur. Er stellte sich damit in eine lange Traditions- und Rezeptionslinie die von den Jakobinern über Thomas Morus bis hin zu Platons „Politeia“ reichte. Auch und gerade im Zeitalter der bürgerli-

chen Revolutionen war die Demokratie keinesfalls selbstverständliches Gedankengut der politischen Linken.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass auch Ferdinand Lassalle (1825-1864) als eigentlicher Gründer der deutschen Arbeiterbewegung das Proletariat zwar als Klasse vom Bürgertum emanzipieren wollte, innerhalb dieses Prozesses jedoch keinerlei Wert auf demokratische Strukturen legte. Sein 1863 gegründeter „Allgemeiner deutscher Arbeiterverein“ wurde von Lassalle vollkommen diktatorisch geführt. Auch politisch vertraute Lassalle auf einen starken Staat bis hin zur Idee eines „sozialen Volkskönigtums“, die er in einer geheimen Konversation mit dem „eisernen Kanzler“ Bismarck entwickelte (Klönne 1989: 46, Wilson 1963: 210-212).

Hier wirkten die seit der Antike immer wieder aufkommenden Erziehungsphantasien sozial interessierter Intellektueller zusammen mit einer unkritischen Überhöhung des Staates als Garanten des Allgemeinwohls. Verstärkt wurde das ganze durch Lassalles bis ins Absurde gesteigerte persönliche Eitelkeit. Dieser Schwäche fiel er bereits ein Jahr nach Gründung des ADAV zum Opfer, als er in einem Pistolenduell um die Gunst einer Dame starb, ohne auch nur einen einzigen Schuss abgefeuert zu haben. Ein Freund hatte ihm vorher noch geraten, sicherheitshalber ein wenig mit der Pistole zu üben – Lassalle lehnte dies rundweg ab (Wilson 1963: 214).

Dennoch hatte er in kürzester Zeit geschafft, womit andere vor ihm gescheitert waren: er schuf die erste handlungsfähige gesamtdeutsche Arbeiterorganisation. Lassalle besaß kein geschlossenes Sozialismuskonzept. Marx und Engels beschwerten sich gerne, dass er lediglich ihre Ideen abkupfere, und schimpften dann wieder über die belanglose Selbstverständlichkeit seiner Thesen (Wilson 1963: 206). Dennoch ist gerade die Popularisierung sozialistischen Gedankenguts seine eigentliche Leistung. Grundsatz von Lassalles Denken war das an die klassischen Arbeitswerttheorie angelehnte „eherne Lohngesetz“, wonach der Lohn der Arbeit nicht höher als das minimal zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Existenzminimum sein könne. Gewerkschaften und Streiks lehnte er deshalb ab und verlangte, dass die Arbeiter mit Hilfe von Produktivgenossenschaften selber zu Unternehmern würden, um den „vollen Arbeitsertrag“ zu erhalten. Im Gegensatz zu seinem liberalen Gegenspieler Hermann Schulze Delitzsch (1808-1883) glaubte Lassalle jedoch nicht, dass die Arbeiter sich die Mittel zur Errichtung dieser Genossenschaften einfach vom Munde absparen könnten. Um mit Hilfe der Genossenschaften ernsthaft den Privatkapitalismus besiegen zu können, müsse sie der Staat in großem Maße durch Kredite fördern. Dies jedoch ginge nur, indem der Staat durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu einem Organ der Arbeitenden würde. Seine Staatsidee hatte er von Fichte übernommen, der ähnlich wie Hegel den Staat als Verkörperung eines abstrakten Allgemeinen ansah (vgl. Abendroth 1985: 91f). Genossenschaftssozialismus in Verbindung mit einem

ausgleichenden, die Allgemeinheit repräsentierenden Staat war also ungefähr das Programm Lassalles und seiner Anhänger. Trotz ihrer marxistischen Wende in den 1880er Jahren blieben in der aus dem ADAV hervorgegangenen Sozialdemokratie der Wahlrechtsoptimismus und die Staatsorientierung erhalten. Zwar bezogen sich die späteren Revisionisten und Reformisten in der Partei nicht auf Lassalle – aber ihr Staatsverständnis war dem seinen durchaus ähnlich.

Ebenfalls in den 1860er Jahren formierte sich eine weitere wirkmächtige Strömung der Arbeiterbewegung. Im Umfeld der bürgerlichen Volksparteien in den süddeutschen Staaten hatte sich mit dem „Verband Deutscher Arbeitervereine“ (VDAV) ein organisatorisches Zentrum herausgebildet, das sich zunehmend nach links bewegte. Unter dem Einfluss von August Bebel (1840-1914) und Wilhelm Liebknecht (1826-1900) trat der Verband 1868 der von Marx Ideen dominierten „Internationalen Arbeiterassoziation“ (erste Internationale) bei. Ein Jahr später löste er seine Verbindung mit dem Liberalismus endgültig und konstituierte sich auf einem Kongress in Eisenach als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP).

Trotz späterer Stilisierungen waren die „Eisenacher“ keinesfalls seit ihrer Gründung eine marxistische Partei (Klönne 1989: 48). Ebenso wie die Lassalleaner forderten sie Produktivgenossenschaften und das allgemeine Wahlrecht zur langfristigen Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. Unterschiede lagen vor allem in der demokratischen Struktur der SDAP, im positiven Bezug auf Streiks und Gewerkschaften und im Festhalten an einem Bündnis mit den Liberalen gegen den Obrigkeitsstaat. Während der Preuße Lassalle sich eher eine Art Staatssozialismus erhoffte, war das Leitbild der aus den liberaleren süddeutschen Staaten stammenden Eisenacher der „Freie Volksstaat“ – eine Formel, unter der man mehrheitlich die konsequente Durchsetzung demokratischer Prinzipien verstand. Auf dieser Grundlage sollte dann die Umwälzung der Produktionsverhältnisse beginnen. Eine konkret durchgestaltete sozialistische Utopie wie etwa bei Weitling wurde in der SDAP jedoch nicht entwickelt. In Anlehnung an Marx und Engels lehnte Bebel dies ab, „weil sich aus der Kritik des Bestehenden die Forderungen des Zukünftigen in großen Zügen ganz von selbst ergibt“. Zudem befürchtete er, dass durch allzu konkrete Zukunftsutopien „Meinungsdifferenzen hervorgerufen werden, die im Augenblick, wo es gilt praktisch einzugreifen, ganz von selbst beigelegt werden, weil eben dann die momentanen Verhältnisse den naturgemäßen Weg beschreiben“ (zit. nach Lehnert 1983: 59).

Beide Richtungen zielten also auf einen Genossenschaftssozialismus, in dem die Arbeiter und Arbeiterinnen den von ihnen erzeugten Ertrag selbst verwalteten. Beide unternahmen jedoch keine verbindlichen Ausarbeitungen ihres Sozialismuskonzeptes und verfochten in der Praxis vor allem sozialpolitische und demokratische Forderungen. Bei den Lassalleanern ergab sich hier ein gewisser Widerspruch zwischen der Wahlrechtsforderung einerseits und der dik-

tatorischen Verbandsstruktur sowie Lassalles autoritärem Staatsverständnis andererseits, während die Eisenacher ihren „Volksstaat“ vor allem als Gegenbild des preußischen Polizeistaates entworfen hatten und damit recht nahtlos an liberale Vorstellungen anschließen konnten.

Im Jahr 1875 vereinigten sich beide Strömungen zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP), die sich ab 1890 „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) nannte. Das neue „Gothaer Programm“ lehnte sich im wesentlichen an die Eisenacher Forderungen an. Mit der Schaffung des Deutschen Reiches durch Bismarcks Machtpolitik im Jahr 1871 hatten sich viele Meinungsverschiedenheiten erledigt. Der Obrigkeitsstaat hatte sich durchgesetzt, die liberale Bewegung gab ihre demokratischen Forderungen endgültig auf oder verzichtete zumindest darauf, sie ernsthaft zu vertreten. Bismarck hatte somit freie Bahn in der Innenpolitik und nutzte dies für eine breit angelegte Repressionswelle gegen die Arbeiterbewegung. Mit dem Sozialistengesetz des Jahres 1878 wurden sämtliche Strukturen der SPD verboten, ebenso alle Gewerkschaften und Arbeitervereine. Einzig für den Reichstag durften sozialdemokratische Abgeordnete als Individuen kandidieren und dort ihre Positionen vertreten.

Marxistische Wende

Die Sozialistengesetze blieben zwölf Jahre lang in Kraft und hatten eine widersprüchliche Wirkung auf die deutsche Arbeiterbewegung. Einerseits stärkte die Repressionserfahrung die Einsicht, dass eine Organisation der Arbeitenden als Klasse überhaupt nötig sei, was christliche und liberale Arbeitervereine bestritten. Innerhalb der sozialistischen Bewegung begünstigte dies wiederum die Aufnahme marxistischer Positionen, denn in ihrer alltäglichen Erfahrung fanden Arbeiter und Arbeiterinnen die Gedanken des „Kommunistischen Manifestes“ weit eher bestätigt als Lassalles Thesen. Dreißig Jahre nach ihrem Erscheinen bewies dessen Staatskritik eine ungeahnte Aktualität: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“ (MEW 4, S. 464).¹ Für den Sozialismus in Deutschland brachte die Verbotszeit einen deutlichen Schwenk hin zum Marxismus und somit eine klare Radikalisierung gegenüber Lassalle, aber auch gegenüber akademischen „Kathedersozialisten“ wie Eugen Dühring und Karl Rodbertus, die mit ihren evolutionären und staatssozialistischen Reformkon-

1 Die vorherrschende Lesart dieses Zitates vom Staat als direktes Instrument oder Marionette „der Kapitalisten“ als in sich geschlossene Gruppe ist zwar durchaus unterkomplex, denn sie beleuchtet weder die Vielfalt staatlicher Apparate noch deren inneren Widersprüche. Allerdings bedeutete diese Staatskritik dennoch einen Fortschritt gegenüber der vorherrschenden Ideologie vom Staat als neutraler und klassenloser Instanz, wie sie in der Philosophie des deutschen Idealismus postuliert wurde und die durch den Lassalleanismus auch in der deutschen Arbeiterbewegung vorherrschend war.

zepten zeitweise einen erheblichen Einfluss in der Sozialdemokratie hatten – trotz Dührings offen antisemitischen Positionen (dazu Kaltenbrunner 1969). Gleichzeitig konnte das Verbot die Strukturen der Sozialdemokratie keinesfalls ersticken. Bei jeder Wahl verbesserte sich das Ergebnis für die sozialdemokratischen Kandidaten, die aus der Schweiz heraus verbreitete illegale Zeitung „Sozialdemokrat“ fand weite Beachtung und seit den 1880er Jahren konnten sich unter dem Deckmantel der politischen Neutralität auch einzelne gewerkschaftliche Zusammenschlüsse neu etablieren (Gimbel 1977: 51). Angesichts der zunehmenden Wirkungslosigkeit des Verbotes wurde das Gesetz 1890 nicht mehr verlängert. Im gleichen Jahr musste Bismarck seinen Rücktritt einreichen. Dies erschien nicht zuletzt als ein Erfolg der Arbeiterbewegung, die um einiges gestärkt aus der Verbotszeit hervorging. Auf dem Erfurter Parteitag des Jahres 1891 rekonstituierte sich die Partei als „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) und gab sich ein neues Programm. Von diesem sagte sein Verfasser Karl Kautsky, dass es im wesentlichen eine Zusammenfassung von Passagen aus dem Marx’schen „Kapital“ darstellte (vgl. Kuhn 2004: 99). In der Tat bekannte sich das Erfurter Programm weit eindeutiger als alle bisherigen Programmdokumente zum Klassenkampf, zum Internationalismus sowie zur alleinigen politischen Machtübernahme durch die Arbeiterklasse. Es forderte die „Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion“. Die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht und andere ehemals im Vordergrund stehende sozialpolitische Punkte waren in einem zweiten Teil weiterhin enthalten, aber mit dem Wörtchen „zunächst“ klar als Übergangsforderungen auf dem Wege zum Sozialismus gekennzeichnet. Wie dieser Sozialismus jedoch konkret ausgestaltet werden sollte, darüber machte der Text keine Aussagen. Ähnlich wie Marx im „Kapital“ beschränkte es sich auf die Negation des Kapitalismus, aus dem dann ohne weitere Konkretisierung die Forderung nach gesellschaftlicher Produktion abgeleitet wurde.

Besonders in der DDR-Geschichtsschreibung, aber auch in der westdeutschen Linken galt die Verbotszeit lange Zeit als eine „heroische“ Kampfzeit, in der die SPD ihr Ansehen gestärkt, ihre Legalität erkämpft und zu einem konsequenten Marxismus gefunden habe (Fülberth 1974: 5-7; Fricke 1964: 128-179). Seit den 70er Jahren wurde diese Sichtweise von kritischen Autoren zunehmend hinterfragt. Insbesondere vor dem Hintergrund der Zustimmung der SPD zum Weltkrieg im Jahr 1914 wurde mit einer Ursachenforschung jenseits der populären These vom „Verrat“ der opportunistischen Führung begonnen. Arno Klönne fasste die Ergebnisse dieser Forschungen in seiner Darstellung zusammen: er problematisiert vor allem die sich ideologisch verfestigende Reduktion der Parteiarbeit auf Reichstagsfraktion und Wahlen, die erzwungenmaßen verstärkte Arbeitsteilung mit den Gewerkschaften und dadurch eine Entpolitisierung der letzteren sowie eine allgemeine Trennung von Politik und Ökonomie im Be-

wusstsein der Sozialdemokratie. Zudem habe die Repression durchaus eine Tendenz zum Stillhalten und zur Vermeidung von Risiken begünstigt, die Erhaltung der Organisation wurde zum Selbstzweck. Der nach außen vertretene Marxismus der Partei habe in Wirklichkeit vieles von einer Integrationsideologie gehabt und sei faktisch auf „die fatale Hoffnung auf einen naturgesetzlichen Übergang zum Sozialismus“ reduziert worden (Klönne 1989: 65-68).

Zwischen Erstarrung und Verbalradikalismus 1890-1914

Ausgehend von diesen Thesen ergibt sich ein kritischerer Blick auf die „Hochphase“ der sozialistischen Bewegung in Deutschland zwischen 1890 und 1914. Deren Höhepunkt war die Reichstagswahl 1912, als die SPD stärkste Partei im Parlament wurde.

Die SPD sah die Wahlen als „Heerschau“, als Gradmesser ihres Einflusses. Sie überschätzte dabei jedoch die Bedeutung dieser Abstimmungen. Denn zentrale Institution in der Verfassung des Kaiserreiches war nicht der Reichstag, sondern der Bundesrat als Vertretung der einzelnen Teilstaaten des deutschen Reiches. Dort aber besaß Preußen, dessen Vertreter nach wie vor nach dem ungleichen Dreiklassenwahlrecht gewählt wurden, eine Sperrminorität. Zudem waren auch der Reichskanzler und seine Minister nicht dem Parlament, sondern dem Kaiser verantwortlich (Rosenberg 1991: 15-18). Obwohl die Sozialdemokratie das Dreiklassenwahlrecht durchaus als Grundstein der Herrschaft der ostelbischen Gutsbesitzer erkannt hatte und sie immer wieder Kampagnen dagegen führte, scheute sie sich jedoch, diesen durch politische Streiks Nachdruck zu verleihen. Zwar erkämpfte sie in einer Wahlrechtskampagne 1910 „das Recht auf die Straße“ und setzte damit erstmals in der deutschen Geschichte das Versammlungs- und Demonstrationsrecht durch (Warneken 1986). Die Parteileitung mied jedoch alle weitergehenden Maßnahmen und war weit eher bemüht, Basisbewegungen zu dämpfen als diese zu befördern (Groh 1973: 128-160). Zunehmende Appelle an die Disziplin der Mitglieder verfehlten dabei nicht ihre Wirkung, weder in der Partei noch in den Gewerkschaften war die Basis jemals zu eigenständiger Aktion aufgerufen, stets bedurfte es der Anleitung und Zustimmung durch die oberen Instanzen.

Beim Blick auf das Staats- und Demokratieverständnis der Sozialdemokratie ist zudem auf die Wirkung der Bismarckschen Sozialpolitik zu verweisen. In den 1880ern wurden mit Krankenversicherung, Unfallversicherung und der Rentenversicherung, deren Beiträge jeweils gemeinsam von Unternehmern und Arbeitenden finanziert wurden, erstmals in Europa Ansätze für eine sozialstaatliche Ordnung geschaffen. Zwar versöhnte dies die Basis der Sozialdemokratie nicht mit dem Bismarckschen Polizeistaat. Aber es formte doch deutlich die Erwartungen darüber, wie soziale oder sozialistische Politik gemacht würde: von oben durch den Staat.

Es ist daher kaum verwunderlich, dass einer der damals beliebtesten utopischen Romane der 1887 erschienene Titel „Looking Backward“ des Amerikaners Edward Bellamy war. Das Buch schildert eine vollverstaatlichte Zukunftsgesellschaft, in der alle arbeitsfähigen Personen zwangsweise in eine „industrielle Armee“ eingezogen werden und Konsumgutscheine zum Lohn erhalten. Deutsche Kurzfassungen des Romans waren ab 1889 für 20 Pfennig erhältlich und in Arbeiterkreisen sehr beliebt, vollständige Übersetzungen folgten, eine sogar aus der Feder von Clara Zetkin, Vorreiterin der sozialistischen Frauenbewegung (Bellamy 1980).

Die beschriebene, sich in den 1890ern verfestigende Fixierung der SPD auf Wahlergebnisse und die gleichzeitige Zentralisierung der Gewerkschaften ging einher mit einer Reduktion des Marxismus auf dessen objektivistische, die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen betonende Seite. Hierfür stand insbesondere Karl Kautsky (1854-1938) als vorrangiger Theoretiker der Partei. Sein „Darwinomarxismus“ (Groh 1973: 209) war die Theorie zur politischen Linie des „Marxistischen Zentrums“, das die Mehrheit der Partei stellte (zur Darwin-Rezeption vgl. auch Lucas 1983: 86). Kautsky und andere Anhänger der Sozialdemokratie benutzten oft den Begriff des „Zukunftsstaates“ als Synonym für Sozialismus. Ein Begriff der bezeichnenderweise nicht die Emanzipation des Menschen, sondern den abstrakten Fortschrittsgedanken in den Vordergrund stellte.² Die subjektive, klassenkämpferische Komponente des Marxismus fand ihren Ausdruck nur in Lohnstreiks oder Kampagnen für soziale Forderungen. Eine Revolution wurde hingegen als quasi-naturgesetzliche Erscheinung aufgefasst, die Aufforderung, Revolution zu „machen“ galt als Putschismus oder Anarchismus, Erscheinungen, die die Partei längst überwunden habe. Dementsprechend erfolglos waren die Versuche der Parteilinken um Rosa Luxemburg, in der Massenstreikdebatte des Jahres 1905 eine aktivistischere Taktik durchzusetzen. Gleichermaßen scheiterten jedoch die Versuche der Revisionisten um Eduard Bernstein, die allerorten faktisch betriebene Reformpolitik der Partei auch ins Zentrum des Programms zu übernehmen und die SPD in eine „demokratisch sozialistische Reformpartei“ zu verwandeln. Das Zusammengehen der Linken und des Zentrums im Revisionismusstreit gilt vielen als Sieg des Marxismus über den Opportunismus in der Sozialdemokratie (Fülberth 1974: 31). Faktisch jedoch, darauf wies schon Arthur Rosenberg 1928 hin, waren Bebel und das „marxistische Zentrum“ am ehesten verantwortlich für die zunehmende Immobilität der Partei (Rosenberg 1991: 47). Die Verbindung aus

2 Der Begriff wurde populär durch das vielgelesene Werk „Der Zukunftsstaat“ des Ökonomen Karl Ballod, veröffentlicht zuerst 1898 unter dem Pseudonym „Atlanticus“. Es handelt es sich um eine der wenigen positiv formulierten sozialistischen Utopien jener Zeit, sie beschreibt ähnlich wie Bellamy eine durch Zentralisierung und Staatswirtschaft gekennzeichnete Ökonomie. Als Synonym für Sozialismus wird es z. B. in Kautskys Schrift „Der Weg zur Macht“ von 1910 verwendet.

verbalem Radikalismus und gleichzeitiger politischer Ohnmacht bezeichnete Dieter Groh mit dem Begriff des „revolutionären Attentismus“ – ein Warten auf die Revolution (Groh 1973). Als jedoch mit dem ersten Weltkrieg eine revolutionäre Situation da war, fehlten der Wille und die Kraft zum Handeln.

Nationaler Sozialismus oder Weltrevolution? 1914-1918

Der Weltkrieg kam für viele Zeitgenossen keineswegs unerwartet. England und Frankreich hatten ab 1871 mit dem Deutschen Reich einen ernsthaften Konkurrenten bekommen, der die Industrieproduktion der traditionellen Großmächte bald übertraf und einen immer stärkeren politischen Herrschaftsanspruch anmeldete, etwa in der Kolonialpolitik. Die Arbeiterbewegung hatte diese Tendenz aufmerksam beobachtet und beständig vor einem Weltkrieg gewarnt. Auf internationalen Konferenzen, etwa 1912 in Basel, wurden Friedenswille und proletarischer Internationalismus beschworen. Dennoch unterließen im Sommer 1914 fast alle europäischen Arbeiterparteien ernsthafte Schritte gegen den Krieg und schwenkten um auf die Linie ihrer jeweiligen Regierung. Auch die SPD leistete keinen Widerstand sondern unterstützte die Kriegsanstrengungen des Kaiserreiches mit allen Kräften.

Viele Parteimitglieder begrüßten diese plötzliche Wende, für andere war sie ein Schock. Erst jetzt wurde sichtbar, wie ohnmächtig die Partei in einer Konfliktsituation eigentlich war. Zwar wandten sich im Laufe des Krieges sämtliche Parteitheoretiker, vom rechten bis zum linken Flügel, von der anfangs geglaubten Legende eines „Verteidigungskrieges“ ab. Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg – die Vertreter des Zentrums, der Revisionisten und der radikalen Linken waren trotz ihrer völlig gegensätzlichen politischen Ausrichtung seit 1917 vereint in der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ (USPD), die als einzige Partei des Kaiserreiches den Krieg konsequent ablehnte. Dennoch blieb eine Mehrheit der Parteimitglieder dem Kriegskurs treu. Zum Vertreter eines hemmungs- und bedingungslosen Patriotismus in der SPD wurde jedoch nicht der vielgeschmähte Revisionismus, sondern eine zweiten Reihe von Sozialdemokraten, die von Theorie nicht viel hielten und sich vollständig auf Reformpolitik konzentriert hatten. Stellvertretend für diese Richtung standen Gustav Noske und Friedrich Ebert sowie Carl Legien und die Gewerkschaftsführungen.

Der Unwille des marxistischen „wissenschaftlichen Sozialismus“ zu konkreten Utopien, die gleichzeitige Unfähigkeit zur Verbindung von antikapitalistischem Fernziel und aktuellen Klassenkämpfen hatten in der Bewegung eine Leere und Uneinigkeit hinterlassen, die durch den gemeinsamen Bezug auf den Marxismus zwar verdeckt, aber nicht behoben werden konnte. Die zunehmende Dominanz eines kleinschrittigen und theoriefeindlichen Reformismus ab 1890 verstärkte die bereits bei Lassalle angelegte Sicht auf den Staat als

Vertretung des Allgemeinwohls. Dieser Gleichsetzung von *Staat* und *Allgemeinwohl* folgte mit dem freiwilligen Streikverzicht der Gewerkschaften im „Burgfrieden“ eine Gleichsetzung von *nationaler Wirtschaft* und *Allgemeinwohl*. Eine Gewerkschaftszeitung schrieb in diesem Sinne:

„Besonders bei dem Kampfe auf dem Weltmarkt kommt es wesentlich darauf an, daß die Arbeiter Deutschlands ihre Sache vertreten, die allerdings in gewisser Beziehung mit dem Allgemeinwohl unseres Landes zusammenfällt. Es kann dem deutschen Proletarier nicht gleichgültig sein, welchen Ausgang der Kampf nimmt, ob er für Deutschland günstig oder ungünstig verläuft“ (zit. nach Klönne 1989: 129).

An diesem Punkt war das vage Sozialismuskonzept der Sozialdemokratie anschlussfähig für eine Interpretation im Sinne eines „nationalen Sozialismus“. Es ist eine gern verschwiegene Tatsache, dass die oft beschworene „Sozialpartnerschaft“ zwischen Arbeit und Kapital in Deutschland ihren Ursprung im Bündnis zwischen Rüstungsindustrie und Gewerkschaften während des ersten Weltkrieges hatte. Oberstes Ziel dieses Übereinkommens war es, eine industrialisierte Mordmaschinerie nicht ins Stocken geraten zu lassen. Die Unternehmer machten damit gute Profite, die Gewerkschaften wurden erstmals durch den Staat als Verhandlungspartner anerkannt. Sie bekamen ab 1916 in Form der „Kriegsausschüsse“ eine offizielle Interessenvertretung in der Wirtschaft.

Verheerender als das politische Bündnis selbst war jedoch dessen ideologische Einrahmung durch die Gewerkschafts- und Parteipresse. Hier wurden die stark planwirtschaftlichen Elemente der Kriegswirtschaft von den beteiligten Sozialdemokraten als „Kriegssozialismus“ oder „deutscher Sozialismus“ bezeichnet und als Erfüllung langjähriger Forderungen der Arbeiterschaft dargestellt. Individualismus und „Anarchie der Produktion“ seien nun beseitigt, eine planvolle Kontrolle der gesellschaftlichen Ressourcen verwirklicht (Klönne 1989: 137ff). Hier verkehrten eine ökonomistische Verkürzung des Marxismus einerseits und eine bürgerliche Staatsauffassung andererseits den Sozialismus in sein Gegenteil. Statt einer Emanzipation der Arbeitenden als Subjekte wurde nun ihre möglichst reibungslose Unterwerfung als Objekte einer totalmobilisierten Wirtschaftsplanung zum Ziel erklärt. Die Forderung nach Gleichberechtigung wurde in der Gemeinschaft der Nation auf eine ideologische Ebene verschoben und damit in ihren ökonomisch-politischen Dimensionen neutralisiert, Ähnlichkeiten zur „Volksgemeinschaftsideologie“ des Faschismus sind offensichtlich.

Parteisplaltung und Räterevolution – Erneuerung aus der Krise

Jedoch bot auch der parteioffizielle Marxismus trotz all seiner Einschränkungen genug Anknüpfungspunkte, um sich gegen diese Degeneration der sozialistischen Idee zur Wehr zu setzen. Angefangen mit der radikalen Linken um Karl Liebknecht formierte sich eine zunehmend aktivere Opposition. Diese vernetzte sich international und beschwor auf mehreren Konferenzen die revolutionäre Aktion als bestes Mittel zur Beendigung des Krieges. Ein neues Sozi-

alismusverständnis fand sich hier jedoch nicht. Im Gegenteil: der im Krieg zu sich selbst gekommene „Organisierte Kapitalismus“ deutscher Prägung mit seinen Kartellen, Monopolen und Staatseingriffen faszinierte nicht nur die Mehrheitssozialdemokraten, sondern auch deren schärfste Kritiker auf dem internationalen Parkett. In seiner 1917 verfassten Broschüre „Staat und Revolution“ etwa bezeichnete Lenin die „Schulung und Disziplinierung von Millionen Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten, vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens“ als notwendige Voraussetzung des Sozialismus (LW 25: 487). Seine Utopie für die erste Stufe des Kommunismus ließ sich in einem Satz zusammenfassen: „Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein“ (ebd: 488). Lenin, der die deutsche Sprache perfekt beherrschte, hatte tiefen Respekt vor den organisatorischen Leistungen der deutschen Staats- und Großbetriebe einschließlich des militärisch-industriellen Komplexes. Er sah das Kaiserreich als Musterbeispiel für einen hochentwickelten, aufgrund seiner inneren Krisen zur Sozialisierung reifen Kapitalismus an.³

Man muss Lenin zugute halten, dass er in „Staat und Revolution“ ausführlich auf die Notwendigkeit weiterer Stufen kommunistischer Entwicklung verwies, die er mit Marx durch die Freiwilligkeit der Arbeit und das des Staates charakterisierte. Dennoch dominierte angesichts der Unbestimmtheit solcher Kategorien das Nahziel einer „Gesellschaft als Fabrik“ die Vorstellungswelt. Es war letztlich auch das Modell, das im Realsozialismus in unterschiedlichen Varianten verwirklicht wurde. Ein „Postamtsozialismus“, weit weniger mörderisch als der „deutsche Sozialismus“ der Mehrheits-SPD, aber dennoch weit entfernt von der Emanzipation der arbeitenden Bevölkerung. Die Verschmelzung von Staat und Sozialismus fand im Steckenbleiben der russischen Revolution ihren Abschluss und wurde zum Leitbild für Generationen von Kommunisten und Kommunistinnen.

Zu einem Ausbruch aus den parallel zur stetigen Intensivierung und Konzentration staatlicher Macht ihrerseits staatslastigen Sozialismuskonzepten der Arbeiterbewegung führte letztlich nicht die Theorie, sondern die zunehmende Eigenaktivität der Arbeiter und Arbeiterinnen an der Basis. Bereits zu Kriegsbeginn hatten sich die Berliner Metallarbeiter und Arbeiterinnen geweigert, den Burgfrieden zu unterstützen und griffen mit wilden Streiks zur Selbsthilfe. Die Bewegung politisierte sich zunehmend, weitete sich aus und wurde ab 1916 zu einer militanten Antikriegsbewegung, um sich dann im November 1918 gemeinsam mit den meuternden Soldaten und Matrosen zur Revolution zu steigern (Arnold 1985: 42-50, Hoffrogge 2008: 25-63).

3 So orientierte er sich z.B. in seiner 1916 verfassten Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ vor allem am Beispiel des deutschen Industrie- und Bankwesens.

Träger dieser Revolution waren die Arbeiter- und Soldatenräte, die die Staatsmacht nicht *von oben*, sondern *von unten* ausübten und damit faktisch in Frage stellten. Entstanden waren die Räte in Deutschland unter Rückgriff auf die Erfahrung der russischen Revolutionen von 1905 und 1917, aber vor allem in der Tradition der gewerkschaftlichen Versammlungsdemokratie, die in der Verbotszeit als basisdemokratische Streikkultur entstanden und vielerorts noch lebendig war (Müller 1985). Theoretische Vorläufer hatten die Räte nicht, denn obwohl mit Marx und Engels Beschreibungen der Pariser Kommune durchaus räteähnliche Sozialismuskonzepte vorlagen, wurden diese in der Arbeiterbewegung kaum rezipiert. Die spontane Selbstaktivität war die Stärke, andererseits auch eine große Schwäche der Räte. Denn trotz der erdrutschartigen und nahezu gewaltfreien Machtübernahme im November 1918 dachten sie zunächst nicht daran, sich tatsächlich an die Stelle der alten Staatsmacht zu setzen. Bereits am 10. November wurde durch eine zentrale Räteversammlung in Berlin eine Regierung konstituiert, die paritätisch aus den Vertretern der Arbeiterparteien USPD und SPD zusammengesetzt war. Am 16. Dezember beschloss dann ein gesamtdeutscher Reichsrätekongress, das Räteystem nicht als Verfassung festzuschreiben, sondern eine parlamentarische Nationalversammlung zu wählen. Damit hatte sich die Bewegung faktisch selbst entmachtet. Ihr vorrangiges Ziel war nicht ein neues Sozialismuskonzept, sondern die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung der Einheit der *alten* Arbeiterbewegung gewesen. Lediglich USPD und Spartakusgruppe machten sich die Idee der Räte zu eigen. Sie versuchten von Anfang an, sie zu einem eigenständigen Sozialismuskonzept auszuweiten. Einflussreich waren hier vor allem die Berliner USPD-Arbeiterräte, in denen Politiker wie Richard Müller und Ernst Däumig wirkten. In der Zeitschrift „Arbeiter-Rat“ entwarfen sie das Konzept eines „Reinen Räteystems“, das den parlamentarischen Staatsaufbau durch eine von unten aufgebaute Pyramide aus Arbeiteräten ersetzen sollte. Vorgesehen war ein zweiflügeliger Aufbau aus politischen und wirtschaftlichen Arbeiteräten, die einen auf territorialer Basis gewählt, die anderen auf betrieblicher Ebene. Gemeinsam sollten diese Räte ein nach Wirtschaftsbezirken neu gegliedertes Deutschland verwalten, an der Spitze des Ganzen würde ein „Reichswirtschaftsrat“ als oberstes Gremium einer sozialistischen Planwirtschaft fungieren. Auch heute noch interessant an diesem Konzept ist die Tatsache, dass nicht wie z.B. bei Lenins früheren Schriften der abstrakte Wirtschaftsorganismus im Mittelpunkt stand, sondern dass eine Planwirtschaft ausgehend vom Gedanken der Arbeiterselbstverwaltung gedacht wurde (Arnold 1985: 184ff; Hoffrogge 2008: 108-116). Das Konzept des „Reinen Räteystems“ gewann im Frühjahr 1919 großen Einfluss auf eine Welle von Massenstreiks gegen die Regierung und die inzwischen gewählte Nationalversammlung. Diese Streikwelle war ein Anzeichen für einen Stimmungswandel. Diverse Gewaltakte der sozialdemokratischen Regierung, gipfelnd im Mord an Liebknecht und Luxemburg,

aber auch die ständige Verschleppung der Sozialisierung der Wirtschaft hatten das Vertrauen in die „sozialistische Regierung“ erschüttert. Anstatt wie noch Ende 1918 auf den „Sozialismus von oben“ zu vertrauen, sollte dieser nun durch die Räte selbst verwirklicht werden. Im Ruhrgebiet wurde in dieser Zeit der komplette Bergbau in Arbeiterselbstverwaltung betrieben, trotz Einführung des Sechsstudentages konnte dabei die Kohleproduktion sogar noch gesteigert werden.

Die Wende kam jedoch zu spät: anders als im November 1918 stand den Revolutionären keine bewaffnete Macht mehr zur Verfügung. Die Gegenrevolution hingegen hatte in den Freikorps eine Armee geschaffen, die nun jede Bewegung von links gewaltsam unterdrückte.

Obwohl die Rätebewegung sich aus ihrem Charakter als Anhängsel der Parteien befreit und eine eigene Theorie und Praxis entwickelt hatte, besaß sie kein organisatorisches Zentrum und keine bewaffnete Basis und scheiterte daher. Reformorientierte Rätekonzepte, wie sie in der SPD und teilweise sogar im Bürgertum entwickelt wurden, dampften ohne Druck von unten in sich zusammen. Für die Mehrheit in der SPD und ihre bürgerlichen Koalitionspartner waren Arbeiteräten nur als Mitbestimmungsorgane auf unterer Ebene, ähnlich den bereits verwirklichten Kriegsausschüssen denkbar. In Form der Betriebsräte wurden diese dann in der Weimarer Republik verwirklicht und auch 1949 wieder ins Grundgesetz übernommen.

Die mit den Räten einhergehende grundsätzlich andere Sozialismuskonzeption, die Überwindung der traditionellen Staatslastigkeit zugunsten eines Selbstverwaltungsansatzes, die lang erwartete Konkretisierung einer bisher nur vage formulierten „Negation des Kapitalismus“ gehörte mit der Niederlage der Novemberrevolution der Vergangenheit an. Nach dem Zerfall der USPD Ende 1920 gingen führende Räteaktivisten wie Müller und Däumig und mit ihnen eine ganze Massenbewegung linkssozialistischer Arbeiter zur KPD. Sie konnten sich jedoch dort nicht durchsetzen, denn bereits vor der Stalinisierung setzten ab 1921 Disziplinierungsprozesse und ein Verfall der innerparteilichen Demokratie ein (Hoffrogge 2008: 144-171).

Auch die in der Novemberrevolution als Resultat der massenhaften Enttäuschung über die Politik der großen Gewerkschaften enorm angewachsenen syndikalistischen und anarchistischen Organisationen konnten sich nicht konsolidieren. Sie kehrten nach einer kurzen Blütezeit wieder in ihr Nischendasein zurück. Damit war die politische Form der Arbeiterbewegung wieder auf das Duo von Partei und Gewerkschaft reduziert. Die politischen Inhalte folgten: In der Sozialdemokratie setzte sich das bürgerlich-liberale Staatsverständnis endgültig durch, kombiniert mit dem aus der Kaiserzeit bekannten kleinschrittigen Reformismus.

In der KPD dagegen setzte sich die autoritär-staatssozialistische Traditionslinie der Bewegung samt ihres technokratischen Wissenschaftsoptimismus fort. Bei-

de Richtungen waren stark bürokratisiert und legten wenig Wert auf die Eigenaktivität der Mitglieder. Wirtschaftlich gesehen folgte die KPD auch nach 1945 ihrem Vorbild Sowjetunion in einen Staatssozialismus, in dem wesentliche kapitalistische Kategorien wie Lohn und Preis nicht überwunden wurden. Die SPD hingegen verfestigte die im ersten Weltkrieg praktizierte Klassenkollaboration zu einer Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ zwischen Kapital und Arbeit, ohne dabei jedoch den Sozialismus als Integrationsideologie völlig aufzugeben. Bis heute ist er im Parteiprogramm der SPD in Form der von Eduard Bernstein geprägten Formel des „Demokratischen Sozialismus“ enthalten.

Staat und Allgemeinwohl – Sozialismus und Klassenkampf

Der Rückblick auf die Arbeiterbewegung und ihre Konzepte in Deutschland zeigt, dass die Bewegung auch in ihrer Hochphase von einer einheitlichen Sozialismuskonzeption weit entfernt war. Im Gegensatz zu Frankreich oder England besaß die spät entwickelte soziale Bewegung in Deutschland keine eigenständige utopisch-sozialistische Tradition. Sie ordnete sich bereits recht früh einem marxistischen „Bilderverbot“ unter, das sich in Ansätzen schon bei Weitling findet. Dies begründet sich jedoch vor allem in der marxistische Kritik des Utopischen Kommunismus, den Engels mit folgenden Worten charakterisierte:

„Es handelte sich darum, ein neues, vollkommeneres System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden und dies der Gesellschaft von außen her, durch Propaganda, womöglich durch das Beispiel von Musterexperimenten aufzuoktroieren. Diese neuen sozialen Systeme waren von vornherein zur Utopie verdammt; je weiter sie in ihren Einzelheiten ausgearbeitet wurden, desto mehr mußten sie in reine Phantasterei verlaufen“ (MEW 19: 194).

Die berechtigte Kritik an Kommune-Experimenten und Insellösungen, deren wiederholtes Scheitern Marx und Engels bereits im 19. Jahrhundert beobachteten, führten sie zu der Schlussfolgerung, der Sozialismus müsse sich in einem gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess durchsetzen, der nicht auf dem Reißbrett geplant werden könne. Sie verlegten sich daher auf eine ökonomische Analyse des Kapitalismus, um aus dessen immanenten Widersprüchen mit der Methode der Negation Konzepte für eine sozialistische Gesellschaftskritik zu gewinnen. Dies wurde meisterhaft vorexerziert im „Kapital“, das den Kapitalismus als selbstreferentielles System entlarvte, dessen einziger Zweck der Selbstzweck des Profits war. Diese geistlose Maschinerie zu unterbrechen und Produktion und Arbeit den menschlichen Bedürfnissen unterzuordnen – das war für Marx Aufgabe und Inhalt des Sozialismus.

In der deutschen Sozialdemokratie wurde dieser Faden jedoch nicht weitergeknüpft. Es gab keine Debatte darüber, was eine Negation des Kapitalismus konkret bedeutete und wie die *politische* Verfassung einer solchen bedarfsorientierten sozialistischen Ökonomie aussehen könnte. Waren Lassalles Genossenschaften trotz der Schwäche seiner sonstigen Theorie wenigstens ein Hin-

weis auf ein mögliches Organisationskonzept, so wurden in der späteren SPD sämtliche Organisationsformen nur unter dem Gesichtspunkt des Kampfes debattiert und nicht selten mit militärischen Metaphern beschrieben (Lucas 1983: 96-101). Emanzipatorische Lernprozesse bei den Mitgliedern, wie sie die Kommuneexperimente des Frühsozialismus trotz ihres generellen Scheiterns immer wieder auslösten, kamen so nicht zustande. Stattdessen wurde die Mitgliedschaft durch ständige Apelle an ihre Disziplin mental an die autoritäre Umwelt des Kaiserreiches angepasst. Phillip Scheidemann, ehemals Vorsitzender der SPD, stellte nach 1933 im Exil fest:

„Diese absolute Disziplin der SPD, als heiligstes Parteisakrament gefeiert, ist uns heute fast unverständlich. Der Organisation der Partei, die immer mehr Selbstzweck wurde, anstatt Mittel zum Zweck zu bleiben, hat diese unerhörte Disziplin viel genutzt, politisch ist sie vielleicht gerade an dieser Disziplin mit zugrunde gegangen“ (Scheidemann 2002: 92).

Hinter all dem stand die Realität des übermächtigen preußischen Staates, ohne dessen Stärke die theoretischen und praktischen Schwächen der deutschen Arbeiterbewegung nicht erklärbar sind. Obwohl die Sozialdemokratie diesem Staat entscheidende Zugeständnisse abtrotzen konnte, Verbote und Repression überstand und stetig wuchs, formte er die Arbeiterbewegung und ihr Denken weit mehr als es deren äußerer Radikalismus vermuten ließ (Grebing 1970: 134ff). Die beschriebenen Traditionslinien von autoritär-sozialistischer Staatsaffirmation einerseits und unkritischer Übernahme liberaler Staatsvorstellungen andererseits sind direkte Ergebnisse dieser Auseinandersetzung. Das von Engels prognostizierte Absterben des Staates zugunsten einer Identität von Herrschenden und Beherrschten, die Forderung nach einer freien Assoziation der Produzenten, gerieten dabei ins Hintertreffen. Diese Formeln sind zugegebenermaßen vage und auch die radikale Linke in der Partei wusste oft nicht viel mit ihnen anzufangen. Auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht drängten zunächst nicht auf eine Vorwegnahme emanzipatorischer Strukturen innerhalb der Arbeiterbewegung. Ihr eigentliches Verdienst war es, sich von den hegelianischen Formen im Marxschen Werk nicht blenden zu lassen und immer wieder darauf zu drängen, dem Abwarten eine klassenkämpferische Politik entgegenzusetzen, die den Kampf für konkrete Reformen mit dem Fernziel einer sozialistischen Umgestaltung verbinden sollte. Hätten sie damit Erfolg gehabt, so wäre ein in der Negation verbleibendes Sozialismuskonzept nicht das Problem gewesen. Denn bei einem konsequenteren Kampf gegen Kapital und bürgerlichen Staat hätte sich die Sozialdemokratie niemals derart in den gesellschaftlichen Verhältnissen eingerichtet, dass sie eine revolutionäre Situation gar nicht mehr begriff, wenn sie eintrat. Die Parteilinke hatte sich diese Fähigkeit 1914 und 1918 bewahrt. Sie konnte daher das Potential der Rätebewegung mit ihrer einzigartigen Verbindung aus klassenkämpferischer Bewegung und Vorgriff auf eine sozialistische Gesellschaft erkennen und vorantreiben.

Trotz aller Kritik an der klassischen Arbeiterbewegung kann heutige Politik an diesen Erfahrungen ansetzen. Es ist weder notwendig noch möglich, zu den Utopien des Frühsozialismus zurückzukehren. Auch nützt es nichts, die Konzepte der Rätebewegung dogmatisch zu isolieren und zum Rezept für eine aktuelle sozialistische Politik zu erheben. Das interessante an dieser Organisationsform sind nicht fertige Modelle, sondern vielmehr ihr Impuls, die Bewegung eben nicht erstarren zu lassen und in ihrem Handeln das Moment der Emanzipation, der Freiheit von Herrschaft konkret vorwegzunehmen – ohne dabei die Kampffähigkeit zu opfern. Bereits seit den späten 1960er Jahren wurden in Westdeutschland eine Reihe von kritischen Bestandsaufnahmen zur Rätebewegung verfasst, die auch explizit Bezug nahmen auf jeweils aktuelle Debatten um Mitbestimmung und betriebliche Demokratie.⁴ In der Debatte zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise spielen diese Ergebnisse jedoch kaum eine Rolle, der Widerspruch Staat vs. Markt dominiert und über Partizipation und Betriebsdemokratie wird nicht diskutiert. Dabei wäre eine solche Diskussion notwendig, um den lange tabuisierten und nun endlich wieder möglichen Debatten um Enteignung, Verstaatlichung und öffentliches Eigentum eine emanzipatorische Stoßrichtung zu geben.

Die grundsätzliche Schwierigkeit, das Bestehende zu negieren und gleichzeitig in den gegebenen Verhältnissen zu kämpfen, wird uns jedoch nicht verlassen – weder durch historische Erfahrungen noch durch eine neue positive Utopie des Sozialismus. Die Diskussion über letzteres sollten wir uns zwar nicht verbieten, jedoch lässt sich eine solche Utopie nicht festschreiben. Sozialismus bleibt in erster Linie die Negation kapitalistischer Herrschaft und mit ihr verbundener Unterdrückungsverhältnisse wie dem Staat, dem Patriarchat, rassistischer und anderer menschenverachtender Ideologien. Selbstverwaltung der Produzierenden, die Rücknahme von entfremdeter Herrschaft in Form von Kapital und Staat in zivilgesellschaftliche Strukturen sind Kernbegriffe für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Eine Negation des Kapitalismus kann deshalb nicht primär in der Theorie, sondern nur als politische Praxis erfolgen, wie Marx und Engels bereits im Jahre 1846 feststellten:

„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“ (MEW 3: 35).

Trotz all ihrer Schwächen war die klassische Arbeiterbewegung eine solche „wirkliche Bewegung“. In ihr hatten sich erstmals die Lohnarbeitenden als Klasse organisiert, ein Bewusstsein über ihre Möglichkeiten erarbeitet und die Herrschenden herausgefordert wie kaum eine andere soziale Bewegung ihrer

Zeit. Trotz ihres vielfachen Scheiterns in den Jahren 1918, 1933 und danach müssen wir uns deshalb auf sie beziehen und von ihr lernen, denn ihre Kämpfe stehen in direkter Kontinuität zu heutigen Klassenkämpfen.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1985): *Einführung in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Heilbronn.
- Arnold, Volker (1985): *Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution*, Hamburg.
- Bellamy Edward (1980): *Ein Rückblick aus dem Jahr 2000*, übertragen aus dem Englischen von Clara Zetkin, Leipzig.
- Fricke, Dieter (1964): *Die Deutsche Arbeiterbewegung 1869-1890*, Leipzig.
- Fülberth, Georg (1974): *Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zum Ersten Weltkrieg*, München.
- Gimbel, Hans-Dieter (1977): Sozialistengesetz und „große Depression“: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung von der Wirtschaftskrise 1873 bis zum Kölner Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1893, in: Frank Deppe, Georg Fülberth u.a. *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, München, 44-61.
- Grebing, Helga (1970): *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München.
- Groh, Dieter (1973): *Negative Integration und revolutionärer Attentismus – Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des ersten Weltkrieges*, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien.
- Hoffrogge, Ralf (2008): *Richard Müller – der Mann hinter der Novemberrevolution*, Berlin.
- Hofmann, Werner (1970): *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*, 3. überarbeitete und ergänzte Auflage, München.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (1969): *Vom Konkurrenten des Karl Marx zum Vorläufer Hitlers: Eugen Dühring*. In: Karl Schwedhelm (Hg): *Propheten des Nationalismus*, München.
- Kautsky, Karl (1910): *Der Weg zur Macht*, zweite durchgesehene Auflage, Berlin.
- Klönne, Arno (1989): *Die deutsche Arbeiterbewegung*, zweite überarbeitete Auflage, München.
- Kuhn, Axel (2004): *Die deutsche Arbeiterbewegung*, Ditzingen.
- Lehnert Detlef (1983): *Sozialdemokratie. Zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983*, Frankfurt/M.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1917): *Staat und Revolution*, in: Lenin Werke, Bd. 25, Berlin, 1972
- Lucas, Erhard (1983): *Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Marx-Engels Werke (MEW)*, Berlin 1956ff.
- Müller, Dirk H (1985): *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918*, Berlin.
- von Oertzen, Peter (1976): *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, 2. Auflage Bonn-Bad Godesberg.
- Rosenberg, Arthur (1991): *Entstehung der Weimarer Republik*, Hamburg; (Original „Die Entstehung der Deutschen Republik, Berlin 1928).
- Scheidemann, Philipp (2002): *Das historische Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil*, herausgegeben von Frank Reitzle, Lüneburg.
- Schneider, Dieter; Kuda, Rudolf (1968): *Arbeiterräte in der Novemberrevolution*, Frankfurt/M.
- Warneken, Bernd Jürgen u.a. (Hg) (1986): *Als die Deutschen demonstrieren lernten – das Kulturmuster „friedliche Straßendemonstrationen“ im preußischen Wahlrechtskampf 1908-1910*, Tübingen.
- Wilson, Edward (1963): *Der Weg nach Petersburg – Europas revolutionäre Tradition und die Entstehung des Sozialismus*, München.

4 Aus gewerkschaftlicher Perspektive z.B. Schneider/Kuda (1968) und v. Oertzen (1976). Mit der Vorgeschichte der Räte beschäftigt sich Müller (1985), einen Überblick über die verschiedenen Rätekonzepte bietet Arnold (1985).